

## **Amtsgericht Grevenbroich**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 10.06.2026, 10:00 Uhr,  
1. Etage, Sitzungssaal 105, Lindenstr. 33/37, 41515 Grevenbroich**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Bedburdyck, Blatt 2770,  
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Bedburdyck, Flur 18, Flurstück 1245, Gebäude- und Freifläche,  
Bedburdycker Straße 59, Größe: 778 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Wohn- und Geschäftshaus, das in konventioneller Massivbauweise, vollunterkellert, eingeschossig, mit vollausgebautem Dachgeschoss und Spitzboden ca. 1998 errichtet wurde. Im Erdgeschoss sowie in Teilbereichen des Kellergeschosses wurde eine Gewerbeeinheit (Apotheke) eingerichtet. Im Dachgeschoss befinden sich zwei Wohneinheiten. Der Spitzboden wurde ca. 2016 zu Wohnzwecken ausgebaut. Nutzfläche Kellergeschoss Apotheke; 113,32 qm; Nutzfläche Erdgeschoss Apotheke: 177,09 qm; Wohnfläche insgesamt: 194,45 qm.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 10.05.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

538.354,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der

Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.